

Dialogforen 2015

Klima, Armut, Katastrophen –
rettet die Welt!

Positionen



Münchener Rück
Stiftung
Vom Wissen zum
Handeln

Inhalt

- | | | | |
|----|---|----|---|
| 1 | Vorwort | 14 | Marion Lieser
Bedrohliche Schieflage |
| 2 | Dr. Heike Kuhn
Langer Atem nötig | 16 | Dr. Mar Cabezas
Armut nicht tolerieren |
| 4 | Annalena Baerbock
Zivilisation in Gefahr | 18 | Claudia Roth
Die Masse macht den
Unterschied |
| 6 | Prof. Mojib Latif
Eine Frage des Geldes | 20 | Frithjof Finkbeiner
Auch kleine Schritte zählen |
| 8 | Prof. Peter Höpfe
Die Erde hat Fieber | 22 | Programm
Impressum, Bildnachweis,
Quellen |
| 10 | Dr. Volkmar Schön
Hilfe mit Weitblick | | |
| 12 | Dr. Gerd Müller
Ökologisch und sozial
statt marktradikal | | |

Globale Herausforderungen meistern

2015 ist ein Jahr der Entscheidungen, ein Schlüsseljahr. Wichtige Abkommen wie die Millenniums-Entwicklungsziele und die UN-Katastrophenvorsorgestrategie werden neu aufgesetzt. Der Weltklimagipfel in Paris soll die Weichen für den globalen Klimaschutz neu stellen. Welche Macht haben große Organisationen wie die Vereinten Nationen, ihre Ziele durchzusetzen? Welche Rolle spielen Akteure wie NGOs oder die Privatwirtschaft? Und was können internationale Konferenzen und globale Abkommen bewirken? Diese und weitere Themen haben wir an den fünf Abenden unserer Dialogforen 2015 mit Experten diskutiert und Fragen aus dem Auditorium beantwortet – auch was jeder Einzelne zu einer nachhaltigeren Welt beitragen kann.

Die vorliegenden Positionen sind eine Zusammenfassung der wichtigsten Erkenntnisse aus den Dialogforen. Als wir die Publikation im August 2015 fertig gestellt haben, hatten erste wichtige Konferenzen bereits stattgefunden. Zum Beispiel die UN-Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba, die eine neue globale Partnerschaft zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industriestaaten definieren sollte. Das Ergebnis ist ernüchternd. Auch wenn noch ein langer Weg vor uns liegt: Die Dialogforen 2015 haben gezeigt, dass Verhandlungen wichtig sind, selbst wenn sie auf den ersten Blick scheinbar wenig bringen. Und dass wir alle gefordert sind, für eine faire Welt einzutreten.

Eine informative Lektüre wünscht Ihnen



Thomas Loster
Münchener Rück Stiftung

Langer Atem nötig

Zieht man Bilanz nach zwei Jahrzehnten Weltklimagipfeln, scheint die Sache klar: Trotz aller Bemühungen ist der weltweite CO₂-Ausstoß seit der ersten Klimakonferenz 1991 in Rio de Janeiro – die jährlichen Klimagipfel starteten dann 1995 in Berlin – um mehr als 60 Prozent gestiegen. Außer Absichtserklärungen, so meint man, haben die Großveranstaltungen kaum etwas gebracht, obwohl die Anzahl der Teilnehmer seit 1995 stark angestiegen ist: Zur 20. UN-Klimakonferenz 2014 in Lima kamen fast 15.000 Vertreter von Regierungen, NGOs und aus der Wirtschaft. Die Öffentlichkeit knüpft an jede weitere Konferenz die Hoffnung, dass endlich ein entscheidender Durchbruch gelingt. Doch diese Erwartung ist unrealistisch: „Klimakonferenzen ähneln Sicherheitskonferenzen. Dort kommt man auch nur in minimalen Schritten voran. Keiner würde aber deshalb auf die Idee kommen, die Gespräche zu beenden“, gab Annalena Bearbock, Sprecherin für Klimapolitik bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zu bedenken. „Denn ohne die Sicherheitskonferenzen wäre unsere Welt viel unsicherer.“

Ähnlich sieht das Christine von Weizsäcker. Man dürfe die bisherigen Erfolge internationaler Verhandlungen nicht vorschnell kleinreden. Es geht nicht darum, wie ein Hochseilartist eine Strecke möglichst rasch zu bewältigen, sondern eher darum, eine stabile Hängematte zu knüpfen, in der alle Menschen angemessen Raum finden. „Das Knüpfen dieser zahllosen Knoten in den verschiedensten Abkommen ist eher eine Kulturleistung als eine Verhandlungsleistung“, erklärte die Biologin und Umweltaktivistin. Nötig dafür ist ein Kulturwandel – und das braucht eben Zeit.

Aus eigener Erfahrung weiß Ministerialrätin Heike Kuhn, dass viele Ergebnisse ohnehin hinter den Kulissen ausgehandelt werden. „Das Entscheidende passiert nicht in den Verhandlungssälen, sondern findet oft ganzjährig an vielen Orten außerhalb statt. Man braucht eine Menge Verbündete und einen langen Atem und darf sich nicht entmutigen lassen“, erklärte sie. Wo stünden wir heute, wenn wir nicht seit Jahrzehnten so intensiv auf internationaler Ebene verhandeln würden, gab sie zu bedenken. „Auf den Konferenzen streitet man zwar über den richtigen Weg, aber man führt wenigstens keine Kriege mehr.“

Viele internationale Abkommen sind in Bewegung, es wird intensiv verhandelt und es besteht die Hoffnung, dass die Weltgemeinschaft tragfähige Lösungen findet. Jeder Einzelne ist dazu aufgerufen, sich zu engagieren, auch wenn der Ausgang ungewiss ist. Von Weizsäckers Fazit lautete: „Wir haben nicht die Wahl zwischen garantiertem Erfolg und garantiertem Misserfolg, sondern zwischen garantiertem Misserfolg und vielleicht Erfolg!“

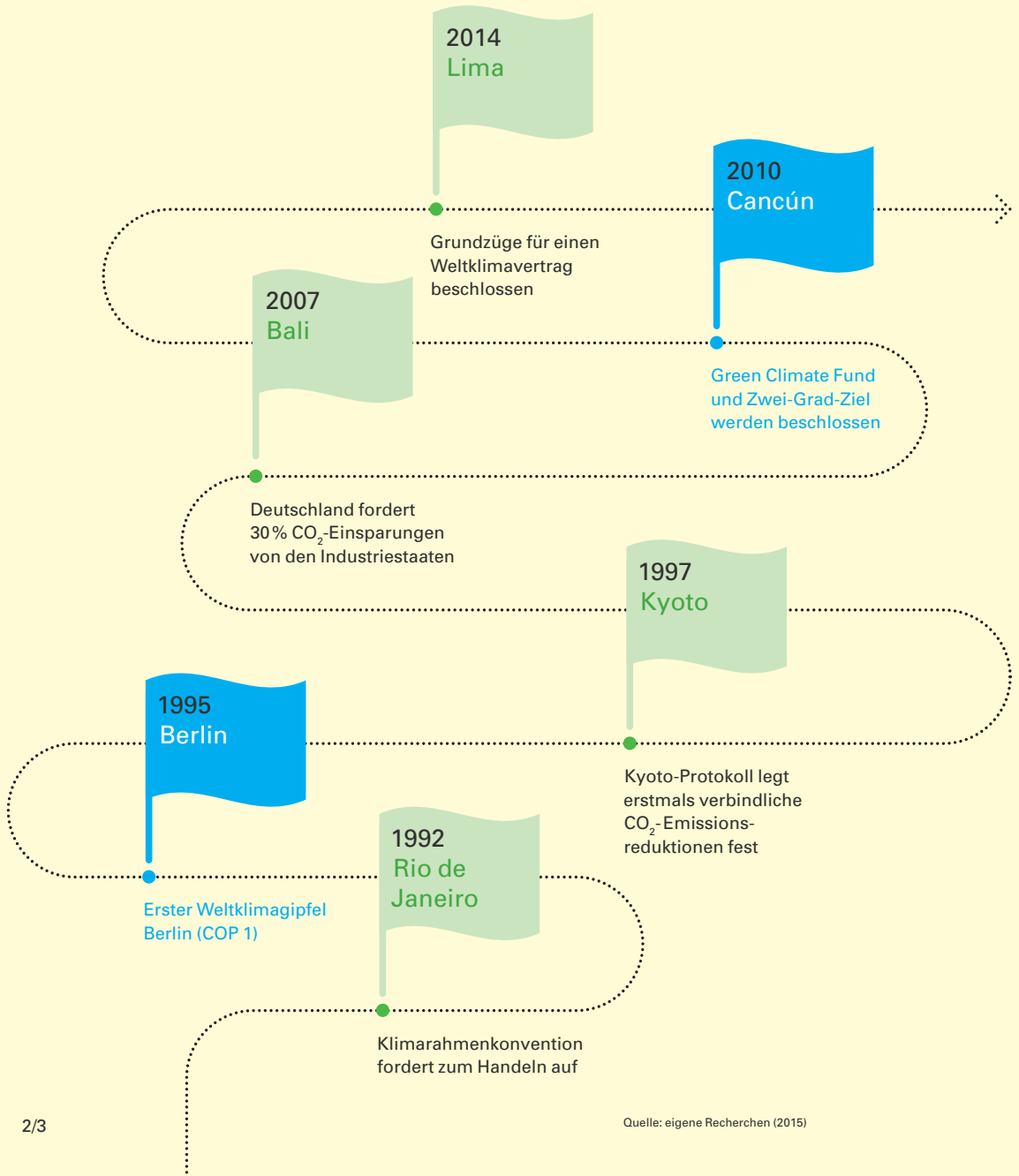


„Erfolgreiche Zusammenarbeit hinter den Kulissen nimmt kaum einer wahr.“

Dr. Heike Kuhn
Ministerialrätin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Wichtige Klimagipfel und ihre Ergebnisse

Klimaverhandlungen sind für Außenstehende oft verworren. Sie verlaufen für Betrachter selten geradlinig, gehen aber in Etappen bergauf. Bis zu einem globalen Klimaschutzvertrag, der die Minderung der Treibhausgase verbindlich fest schreibt, sind noch viele Hürden zu nehmen. Eine Voraussetzung ist, dass die Menschheit ernsthaft beginnt, sich vom Zeitalter der fossilen Brennstoffe zu verabschieden.



Zivilisation in Gefahr

Etwa 90 Prozent des weltweiten Energiebedarfs decken wir mit fossilen Brennstoffen. Dabei entsteht unweigerlich CO₂, das sich aufgrund seiner Lebensdauer von etwa 100 Jahren in der Atmosphäre anreichert. „Um die Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen, muss der Großteil der bekannten fossilen Ressourcen in der Erde bleiben“, machte Mojib Latif deutlich. „Ob das realistisch ist, weiß ich nicht“, erklärte der Klimaforscher vom Kieler Helmholtz-Zentrum. Wie wichtig es ist, das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten, verdeutlichte Bals: „Erst das weitgehend stabile Klima der vergangenen 10.000 Jahre hat die Grundlage für das menschliche Zusammenleben auf dem Planeten geschaffen. Wenn wir uns jetzt aus diesem stabilen Gleichgewicht hinauskatapultieren, müssen wir mit heftigen Folgen rechnen.“

Aber die Wirtschaft nehme ja sogar manchmal Dinge vorweg, meinten die Experten. Möglicherweise sei der jüngste Preisverfall beim Rohöl darauf zurückzuführen, dass Länder wie Saudi-Arabien befürchten, auf ihrem Öl sitzenzubleiben und deshalb noch rasch möglichst viel verkaufen wollen.

Ein Fortschritt ist, dass die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen weiter abnimmt. „Es stimmt positiv, dass die erneuerbaren Energien inzwischen konkurrenzfähig zu fossilen Brennstoffen sind“, ergänzte Christoph Bals, der politische Geschäftsführer von Germanwatch. Das eröffnet ganz neue Chancen und darin liegt die historische Bedeutung der Energiewende in Deutschland.

Diese Energiewende sei nicht zum Nulltarif zu haben, räumte die grüne Bundestagsabgeordnete Annalena Baerbock ein. Allerdings darf man nicht vergessen, dass Deutschland jedes Jahr umweltschädliche Subventionen von mehr als 52 Milliarden Euro zahlt. Prominente Beispiele sind die Befreiung des gewerblichen Luftverkehrs von der Energiesteuer, die Subventionierung des Kohleabbaus, Energiesteuerermäßigungen für das Produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft oder die kostenlose Zuteilung von CO₂-Zertifikaten. Zudem sei es falsch, nur einseitig auf die Kosten des Klimaschutzes und der Energiewende zu schießen. Man müsse die Kosten gegenrechnen, die aus Wetterkatastrophen auf uns zukommen, wenn wir nichts unternehmen. „Und diese Schäden“, so die Politikerin, „sind gewaltig.“

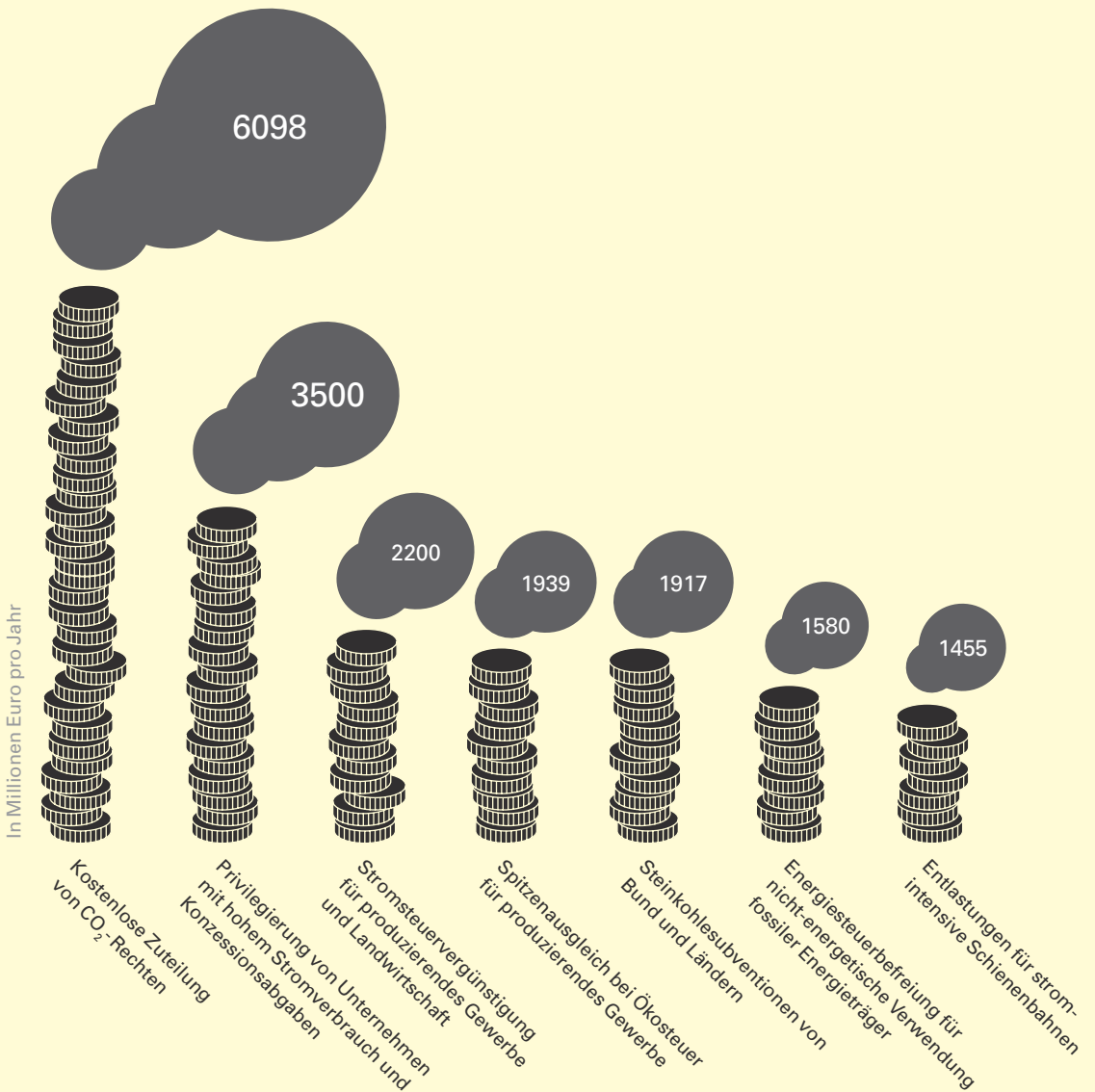


„Klimaschutz und Energiewende kosten. Gleichzeitig subventionieren wir Braunkohleabbau und Flugverkehr.“

Annalena Baerbock
Sprecherin für Klimapolitik
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umweltschädliche Subventionen

Deutschland ist weit von einer Haushaltspolitik entfernt, die Umweltschutzelange bei allen staatlichen Einnahme- und Ausgabeentscheidungen richtig berücksichtigt. Allein für 2010 bezifferte das Umweltbundesamt die umweltschädlichen staatlichen Subventionen auf mehr als 52 Milliarden Euro. Größte Posten sind die Bereiche Energieerzeugung und -nutzung sowie der Verkehr.



Eine Frage des Geldes

Die bisherigen Anstrengungen der internationalen Staatengemeinschaft reichen nicht aus, um die globale Erwärmung auf maximal zwei Grad zu begrenzen, so die Internationale Energieagentur (IEA) in einem Bericht vom Juni 2015. Die geplanten Schritte sind zwar hilfreich, doch es braucht ambitionierte zusätzliche Maßnahmen, auf die sich die Länder beim Klimagipfel im Dezember in Paris einigen müssen. „Wir wissen genau, was zu tun ist. Wir müssen bis 2050 die CO₂-Emissionen auf nahezu Null reduzieren“, konkretisierte Peter Höpfe, Leiter des Bereichs Geo Risks Research/Corporate Climate Centre von Munich Re. Auch wenn wir weit von diesem Ziel entfernt sind, habe immerhin ein Umdenken in Industrie und Wirtschaft eingesetzt. „China beispielsweise hat 2014 erstmals weniger Kohle verbraucht als im Jahr zuvor“, stellte Höpfe fest.

Entschieden zu langsam geht es Mojib Latif vom Kieler Helmholtz-Zentrum bei den internationalen Verhandlungen voran. „Wir führen in punkto Klima ein Experiment durch, von dem wir nicht wissen, wie es ausgeht. Selbst wenn wir heute alle CO₂-Emissionen stoppten, würde die Temperatur in den nächsten Jahrzehnten weiter um rund 0,5 Grad ansteigen“, gab er zu bedenken. Bei der Lösung des Klimaproblems gehe es letzten Endes nur ums Geld. „Mit ausreichend finanziellen Mitteln wäre das Problem in 10 bis 15 Jahren gelöst“, zeigte er sich überzeugt.

Nach Ansicht von Annalena Baerbock lässt sich der Klimawandel ohne Einschränkungen jedes Einzelnen nicht aufhalten, so etwa bei der individuellen Mobilität. „Ohne Ordnungspolitik geht es nicht, Appelle alleine reichen nicht aus“, so die Bundestagsabgeordnete von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Generell tut sich die Politik beim Umgang mit dem Thema schwer. „Wollen wir unser Versprechen halten und die CO₂-Emissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent senken, müssten wir eigentlich alle Kohlekraftwerke vom Netz nehmen. Diese Forderung traut sich aber niemand in den Mund zu nehmen.“

Wir Menschen können jetzt darauf Einfluss nehmen, wie sich das Klima global entwickeln wird. Im Moment allerdings steuern wir auf den schlimmsten anzunehmenden Fall zu. „Wir haben noch ein sehr kleines Zeitfenster, um einzugreifen“, resümierte Latif. „Ich hoffe sehr, dass wir die Kurve bekommen.“

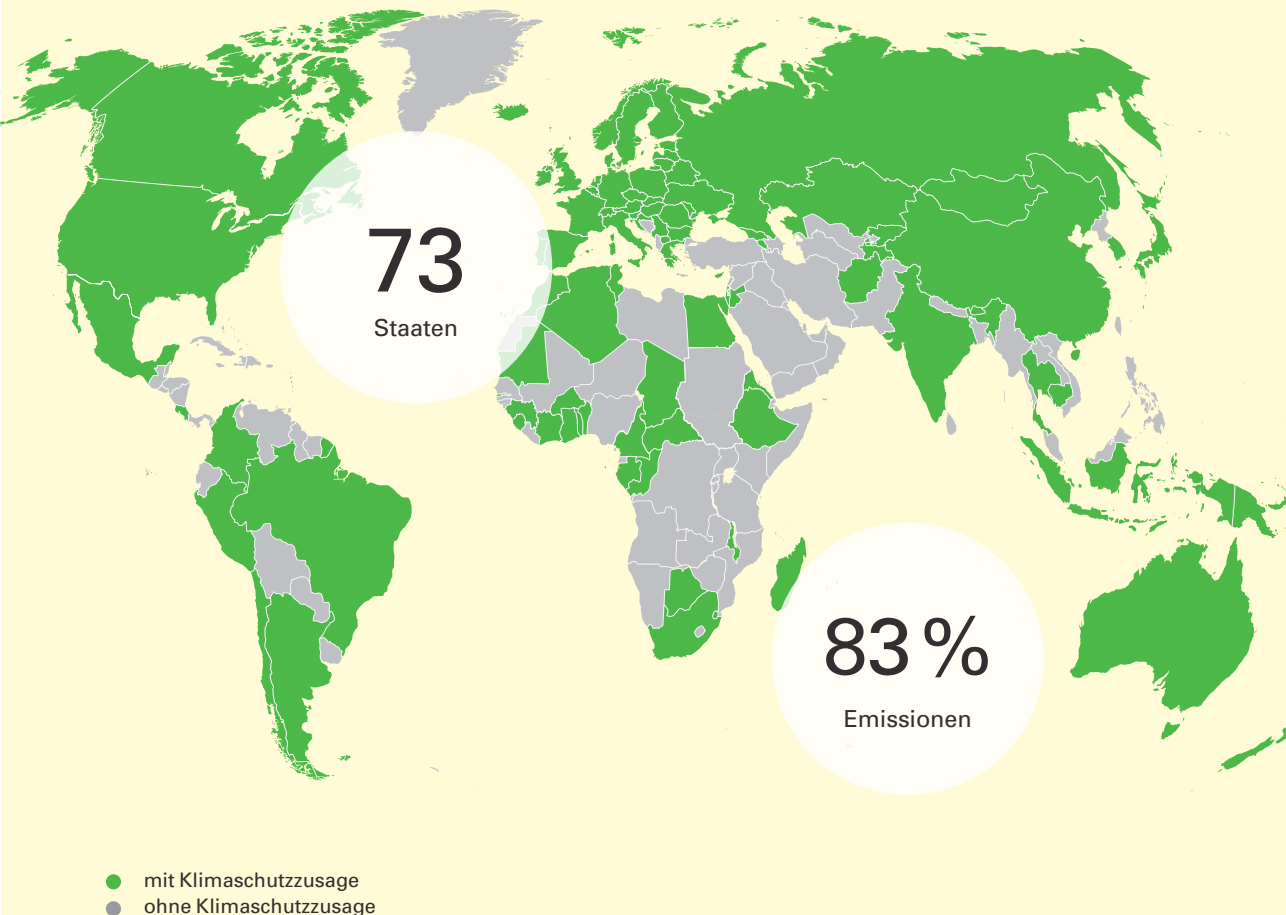


„Die Lösungen liegen auf dem Tisch, es fehlt allein der politische Wille.“

Prof. Mojib Latif
Helmholtz-Zentrum für Ozean-
forschung und Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel

Versprechen für den Klimaschutz

Bis Mitte 2015 haben 73 Staaten Zusagen gemacht, den Klimawandel zu begrenzen. Sie stehen für mehr als 80 Prozent der globalen CO₂-Emissionen. Die Zusagen sind aber sehr unterschiedlich. Sie reichen von konkreten Reduktionszielen bis hin zu Aktionsplänen, um Emissionen zu verringern. Wegen der oft fehlenden Verbindlichkeit dürften die Maßnahmen nicht ausreichen, um das Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Aber zumindest steht das Thema im Großteil der Welt auf der Agenda.



Die Erde hat Fieber

Munich Re hat bereits vor mehr als drei Jahrzehnten begonnen, Naturkatastrophen systematisch zu erfassen. Die Daten des NatCatService offenbaren einen beunruhigenden Trend: „Seit 1980 ist die Zahl der erfassten Naturkatastrophen von gut 300 pro Jahr auf knapp 1.000 gestiegen“, erläuterte Peter Höppe, der bei Munich Re den Bereich Geo Risks Research/ Corporate Climate Centre leitet. Vor allem wetterbedingte Katastrophen scheinen auf dem Vormarsch zu sein. „Die Hauptgefahr kommt aus der Atmosphäre und es gibt Indizien dafür, dass die Klimaerwärmung die Gefährdungslage bereits verändert hat“, folgert der Klimaexperte und fügte hinzu: „Wir befinden uns derzeit in der wärmsten Phase seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen.“ Nach dem Rekordjahr 2014 waren die ersten Monate 2015 erneut außerordentlich warm. „Ich wage zu wetten, dass 2015 das Vorjahr toppen wird,“ so Höppe.

Die Folgen dieser Entwicklung sind quer über den ganzen Globus zu spüren, mit Schwerpunkten in Südostasien, aber auch in Europa und Nordamerika. Während die Industriestaaten vor allem hohe Sachschäden schultern müssen, erweisen sich Stürme, Dürren oder Überschwemmungen in ärmeren Ländern für die Bevölkerung als existenzielle Bedrohung. Dort sind auch 84 Prozent aller Todesfälle aus Naturkatastrophen zu beklagen.

Wenn in Deutschland Hochwasser oder Stürme auftreten, sind in nur wenigen Fällen Leib und Leben in Gefahr. Sorge bereiten dagegen die mittelbaren Schäden: „Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz

und Katastrophenhilfe (BBK) glaubt, dass ein ausgedehnter und längerer Stromausfall in unserer technisierten Gesellschaft schlimmere Folgen hätte als die Schäden aus einer Naturkatastrophen selbst“, warnte Christoph Unger, der Präsident der Behörde. Neben einem flächendeckenden und schnellen Warnsystem – über Internet und Handy – hält es Unger für wichtig, dass die Menschen mehr Verantwortung im Krisenfall übernehmen. „Die Erwartung, dass Hilfe jederzeit verfügbar ist, kann sich bei Großereignissen schnell als Irrglaube erweisen.“ Grundsätzlich sollte jeder für alle Eventualitäten gerüstet sein. „Dazu gehört, ausreichend Wasser und Nahrungsmittel für etwa zwei Wochen bereitzuhalten.“ Aber die Deutschen sind schlecht vorbereitet: Jeder zweite Haushalt hat nur Vorräte für ein bis zwei Tage im Haus. Danach ist nicht nur das Licht, sondern auch das Essen aus.



„Die Zahl der Naturkatastrophen hat weltweit signifikant zugenommen.“

Prof. Peter Höppe
Leiter Geo Risks Research/
Corporate Climate Centre bei Munich Re

Katastrophen weltweit 1980–2014

In den vergangenen 35 Jahren sind Naturkatastrophen weltweit immer häufiger aufgetreten. Bei wetterbedingten Ereignissen sind die Trends am stärksten ausgeprägt, also bei hydrologischen Katastrophen (Überschwemmungen, Erdbeben), meteorologischen (Stürme) sowie klimatologischen Schadenereignissen (Hitze, Dürren, Waldbrand). Geophysikalische Ereignisse wie Erdbeben, Tsunamis oder Vulkanausbrüche, die mit dem Klima oder Klimaänderungen nicht in Verbindung stehen, haben dagegen nur moderat zugelegt.



Hilfe mit Weitblick

Gerade Entwicklungsländer werden oft ohne ausreichende Vorbereitung von Naturkatastrophen getroffen und um Jahre zurückgeworfen. Die Vereinten Nationen haben deshalb im März 2015 auf einer Weltkonferenz das Sendai-Rahmenabkommen zur Reduzierung der Risiken durch Naturkatastrophen verabschiedet. Problematisch ist, dass die Vereinbarungen wie schon beim vorangegangenen Hyogo-Aktionsplan für die Nationalstaaten nicht verpflichtend sind. „Bei den ideellen Zielen der Katastrophenvorsorge gibt es keinen Streit. Wenn es um die Finanzierung geht, weicht der Konsens rasch auf“, kritisierte Volkmar Schön, Vizepräsident des Deutschen Roten Kreuzes.

Erfolgreiche Vorsorge zeichnet sich dadurch aus, nicht erst im Katastrophenfall tätig zu werden, sondern schon vorher mit lokalen Partnern als Projektverantwortliche zusammenzuarbeiten. „Nötig ist ein integrativer Ansatz, der die staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure besser vernetzt und die unterschiedlichen Schutzmöglichkeiten der Menschen vor Ort berücksichtigt.“

Katastrophenbewältigung kann auch darin bestehen, für die am stärksten gefährdeten Menschen in den Entwicklungsländern Versicherungslösungen zu entwickeln. „Das würde sie in die Lage versetzen, nach Extremereignissen schneller wieder auf die Beine zu kommen“, erklärte Peter Höpfe von Munich Re. Doch selbst wenn man enorme Summen für Vorsorgemaßnahmen aufwendet, lassen sich nicht alle Schäden vermeiden. Der G7-Gipfel von Elmau hat dazu im Juni 2015 konkrete Ziele formuliert: Bis 2020

sollen weitere 400 Millionen Menschen mit einem Einkommen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag Zugang zu Versicherungslösungen für Klimarisiken erhalten. Zudem soll die Entwicklung von Frühwarnsystemen gefördert werden.

Nach Angaben der Vereinten Nationen belaufen sich die wirtschaftlichen Verluste durch Katastrophen wie Stürme, Erdbeben, Tsunamis und Überschwemmungen auf schätzungsweise 250 bis 300 Milliarden US-Dollar pro Jahr. Diese Summe dürfte sich in Zukunft deutlich erhöhen. Das unterstreicht, wie wichtig und sinnvoll Investitionen in die Katastrophenprävention sind. Erfolgversprechend ist eine Kombination aus kurzfristiger Soforthilfe und langfristigen, entwicklungsorientierten Maßnahmen. Viele Naturkatastrophen lassen sich nicht verhindern. Umso wichtiger ist es, dass Menschen in den Entwicklungsländern künftig bessere Chancen haben, die Folgen zu bewältigen.

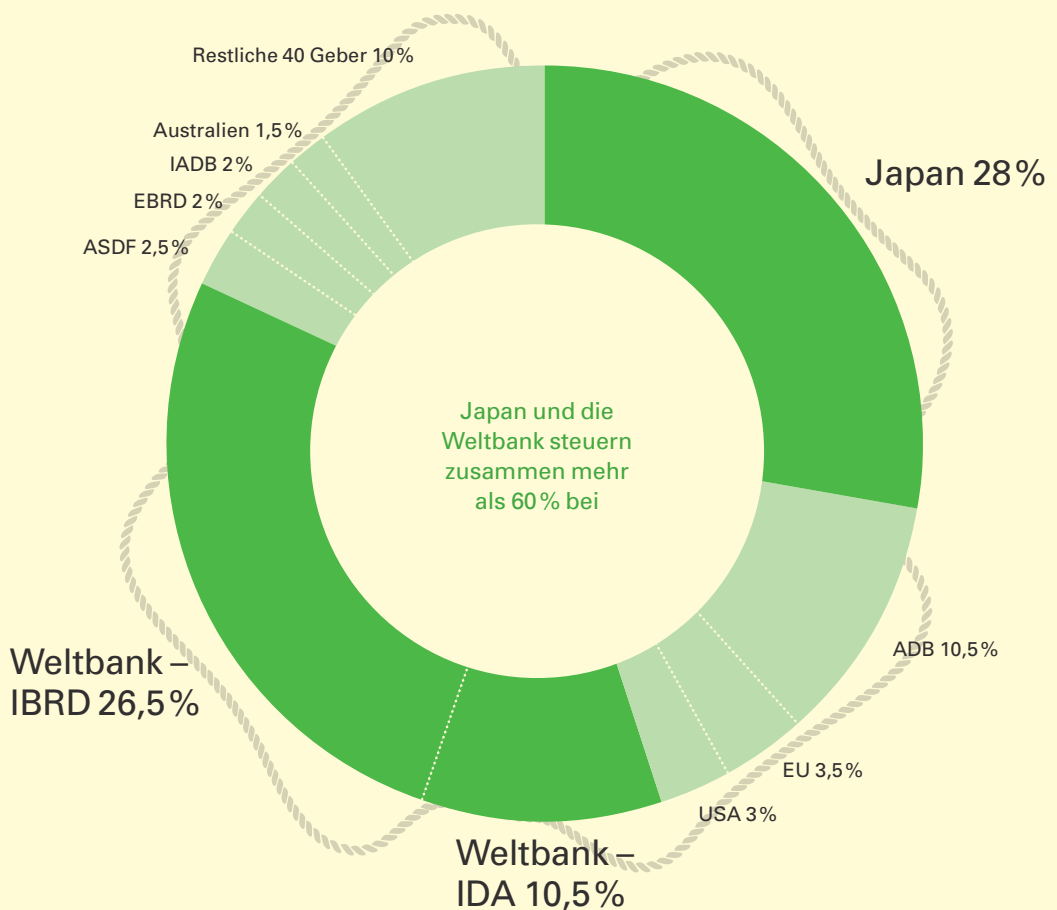


„Wenn es um die Finanzierung von Katastrophenhilfe geht, gibt es Streit.“

Dr. Volkmar Schön
Vizepräsident des
Deutschen Roten Kreuzes

Geldgeber für Katastrophenvorsorge

Japan hat in den vergangenen 20 Jahren die meisten Mittel bereitgestellt, um Risiken durch Naturkatastrophen zu reduzieren. Andere Industrieländer hingegen lieferten kaum nennenswerte Beiträge. Die Hauptlast schultern internationale Organisationen wie Weltbank und andere Entwicklungsbanken. Insgesamt flossen 13,5 Milliarden US-Dollar in die Katastrophenvorsorge. Das entspricht 0,4 Prozent der gesamten Entwicklungshilfezahlungen in dem Zeitraum.



ADB = Asiatische Entwicklungsbank
ASDF = Asiatischer Entwicklungsfonds
EBRD = Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
IADB = Interamerikanische Entwicklungsbank
IBRD = Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
IDA = Internationale Entwicklungsorganisation

Ökologisch und sozial statt marktradikal

Entwicklungs- und Schwellenländer sind wegen ihrer niedrigen Lohnkosten attraktive Handelspartner für Industriestaaten. Die Globalisierung trägt so zur wirtschaftlichen Entwicklung von aufstrebenden Ländern bei, vorausgesetzt der Handel läuft sozial gerecht und nachhaltig ab. Entwicklungshilfeminister Gerd Müller hat konkrete Vorstellungen, wie das funktionieren kann. Er fordert nicht nur mehr öffentliche Gelder für Entwicklung, sondern Regeln für gerechte Märkte und eine faire Wertschöpfungskette: „Ich plädiere für ein ökologisch-soziales Modell, denn aus meiner Sicht führt ein freier Markt ohne Regeln zu Ausbeutung von Ressourcen und Menschen. Das kann nicht unser Ziel sein“, unterstrich er.

Oftmals würden die Arbeiter in den Plantagen oder Textilfabriken keine fairen Löhne erhalten. „Vom Preis einer Tafel Schokolade bleiben genau zwei Cent am Anfang der Produktionskette hängen, die Näherin in Bangladesch produziert unsere Jeans und erhält zwei Euro am Tag. Davon können die Menschen nicht leben.“ Dass es auch anders geht, zeigt das Textilbündnis Deutschland, ein Zusammenschluss von Verbänden und Einzelhandelsketten. Es hat sich zum Ziel gesetzt, die sozialen, ökonomischen und ökologischen Bedingungen entlang der gesamten Lieferkette zu verbessern. „Mehr Einkommen für die Menschen in den Entwicklungsländern führt dazu, dass Eltern ihre Kinder in die Schule schicken können, dass sie sich Medikamente leisten und der absoluten Armut entkommen können“, so der Minister.

Dass dies gelingen kann, dafür gibt es zahlreiche Beispiele. Länder wie Argentinien, Brasilien, Indien oder China haben nach Angaben von Marion Lieser, Geschäftsführerin der Entwicklungsorganisation Oxfam Deutschland, wirtschaftlich stark aufgeholt. „Allerdings kommt das Wachstum beim unteren Viertel der Bevölkerung nicht an, sodass die soziale Ungleichheit weltweit zunimmt“, gab sie zu bedenken. Dadurch würde vielen Menschen die Chance auf ein Leben in Würde und Wohlstand genommen. Entscheidend sei, das Wohltäterverhalten abzulegen und die Menschen vor Ort als Akteure einzubeziehen. Weil Armut in der Regel Einkommensarmut bedeute, müsse man sich Gedanken über einen weltweiten Mindestlohn machen, der die Existenz sichert. „Und an einem gewissen Maß an Umverteilung kommt man nicht vorbei, wenn man soziale Ungerechtigkeiten ausgleichen will“, ergänzte sie. Fairness ist nicht teuer, wenn alle bereit sind, einen kleinen Beitrag zu leisten.



„Fairness muss nicht teuer sein!“

Dr. Gerd Müller
Bundesminister für Entwicklung
und Zusammenarbeit

Wer verdient wirklich?

Mit 17 Euro gehen fast 60 Prozent der Kosten eines T-Shirts auf das Konto des Einzelhandels. Für die Näherinnen, die oft in Billiglohnländern Asiens arbeiten, bleiben gerade einmal 18 Cent oder 0,6 Prozent übrig. Das ist unfair und nicht menschenwürdig. Der sogenannte Existenzlohn liegt laut Asian Floor Wage Alliance in Bangladesch bei rund 260 Euro pro Monat, was etwa einer Verfünffachung des staatlichen Mindestlohns entspricht.



Bedrohliche Schieflage

Die Lücke zwischen Arm und Reich in der Welt ist enorm und wächst stetig. Die britische Hilfsorganisation Oxfam hat errechnet, dass die Hälfte der weltweiten Vermögen in den Händen von einem Prozent der Menschheit liegt, die andere Hälfte teilen sich die restlichen 99 Prozent der Weltbevölkerung. Extreme soziale Ungleichheit ist nicht naturgegeben – sie ist das Ergebnis einer Politik, die Vermögende bevorzugt und Regeln zu ihrem Wohl setzt. Die zunehmende Kluft zwischen Arm und Reich untergräbt demokratische Prozesse und sorgt dafür, dass Millionen Menschen in extremer Armut leben. Sie haben keinen Zugang zu Schulbildung und ausreichender Gesundheitsversorgung. „Selbst wenn wir einige der UN-Millenniumsziele erreicht haben, ist es doch ein Armutszeugnis, was manche Länder zu bieten haben“, beklagte Marion Lieser, die Geschäftsführerin von Oxfam Deutschland. Beschämend: Nur fünf Länder geben die im Rahmen der UN-Millenniumsziele zugesagten 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Entwicklungshilfe aus. Selbst das reiche Deutschland hinkt mit 0,4 Prozent hinterher.

Damit die soziale Schere nicht weiter auseinandergeht, fordert Oxfam von den Staaten in einem Zehn-Punkte-Aktionsplan mehrere Gegenmaßnahmen. Dazu gehören die Bekämpfung von Steuerflucht, die Besteuerung von Kapital anstelle von Arbeit oder die Einführung von Mindestlöhnen. Durch Steuervermeidung entgehen armen Ländern über 100 Milliarden US-Dollar pro Jahr – das ist fast so viel wie die jährliche weltweite Entwicklungshilfe, die rund 130 Milliarden US-Dollar beträgt. Die Regierungen müssen sich stärker gegen Interessensgruppen durchsetzen, die einer fairen Welt im Wege stehen.

Entwicklungsminister Gerd Müller sieht auch die Regierungen der armen Länder in der Pflicht. Sie müssten ihre Probleme aktiv angehen: Sozialleistungen müssen ausgebaut werden, um die extreme Einkommens- und Vermögensungleichheit zu reduzieren. Die Länder müssen Korruption bekämpfen, ein funktionierendes Steuersystem aufbauen sowie den oftmals vorhandenen Ressourcenreichtum besser verteilen. „Es kann nicht sein, dass korrupte Eliten die Erträge aus den Ressourcen außer Landes schaffen.“ Mit diesen potentiellen zusätzlichen Einnahmen könnten Bildungs- und Gesundheitssysteme finanziert werden. „Die Alternative dazu sieht düster aus“, gab der Minister zu bedenken. „Hunger, Not und Elend sind in den allermeisten Fällen die Basis für Bürgerkriege und Radikalisierung.“



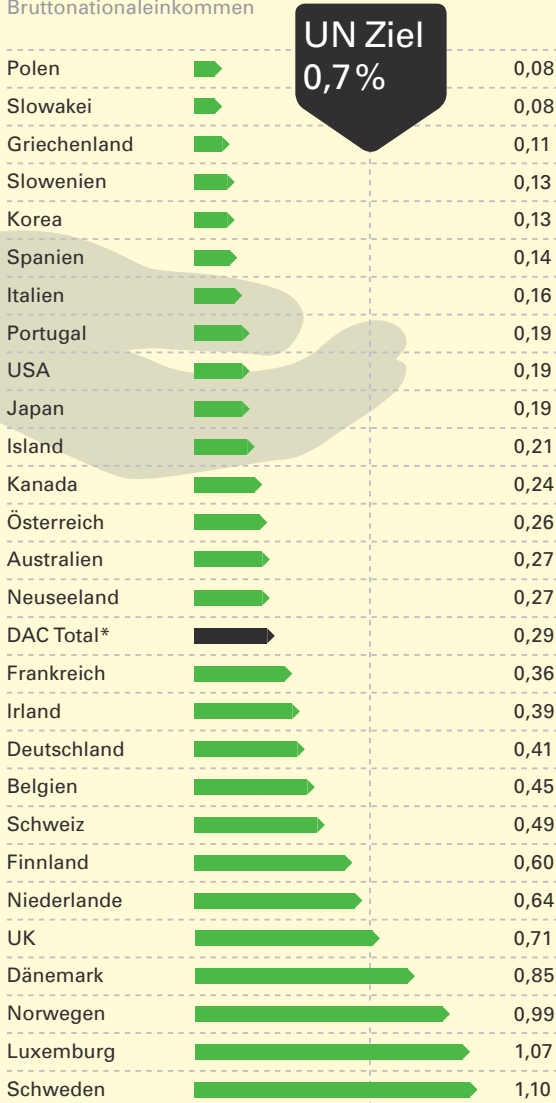
„80 Menschen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen.“

Marion Lieser
Geschäftsführerin von
Oxfam Deutschland

Entwicklungshilfe: Wer zahlt wie viel?

Die Staaten haben es in den Millenniumszielen vereinbart: 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens pro Kopf sollte jedes Land weltweit eigentlich für Entwicklungshilfe ausgeben. In der Realität erfüllen aber gerade einmal fünf Länder diesen Anspruch. Auch die UN-Konferenz für Entwicklungsfinanzierung in Addis Abeba im Juli 2015 hat daran nichts geändert. Die Delegierten haben sich lediglich auf einen Aktionsplan geeinigt, der als Grundlage für die Finanzierung neuer nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals, SDG) dienen soll.

Ausgaben in % vom Pro-Kopf-
Bruttonationaleinkommen



*OECD Development Assistance Committee Total

Armut nicht tolerieren

Ist eine Forderung wie „Faire Chancen für alle“ realistisch? Ja, meint Mar Cabezas von der Universität Salzburg. „Wenn wir die Augen jedoch nur auf die unmittelbare Armutsbekämpfung richten, haben wir schon verloren“, gab sie zu bedenken. Armut ist komplex und es gibt viele Lösungsansätze. Doch viele Menschen verharren in Passivität und tolerieren den Status quo der Armut. Drei Gründe sind laut Cabezas dafür verantwortlich: Erstens eine negative Weltanschauung, die davon ausgeht, dass das Leben einfach ungerecht ist und es daher egal ist, wie sehr man sich anstrengt: Verlierer wird es immer geben. Zweitens die Annahme einer Mitschuld der Betroffenen nach dem Motto: Jeder ist seines Glückes Schmied. Und drittens die Illusion der eigenen Unverwundbarkeit. Alle drei Faktoren führen zu geringerem Verständnis und Mitgefühl. „Die mangelnde Empathie ist eine Strategie, damit wir uns selbst nicht schlecht fühlen. Man denkt, dass die Lösung nicht in den eigenen Händen liegt und man deshalb keine Verantwortung trägt“, erklärte die Psychologin.

Dabei bedeutet Armut nicht nur, zu wenig Geld für alltägliche Grundbedürfnisse wie Kleidung, Nahrung oder eine Unterkunft zu haben. In Armut leben heißt vielmehr, ausgeschlossen zu sein vom gesellschaftlichen Leben. „Soziale Ausgrenzung mündet oft in Aggression“, so Cabezas, „und diese verstärkt wiederum die soziale Ungleichheit.“ Ein Teufelskreis, der nur schwer zu durchbrechen ist.

Oxfam-Geschäftsführerin Marion Lieser ist dennoch davon überzeugt, dass die Chancen für die Armutsbekämpfung noch nie so gut standen wie heute. „Unsere Generation hat die einmalige Möglichkeit, bis zum Jahr 2030 eine Welt ohne Hunger und Armut zu schaffen.“ Dafür müssen nationale Regierungen stärker in die Pflicht genommen werden, die Grundrechte aller Bürger zu achten und soziale Ungleichheit zu beenden. Dies gilt für Entwicklungsländer wie für Industriestaaten.

Die Grünen-Politikerin und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags Claudia Roth hat einen anderen Vorschlag. Sie hält es für falsch, sich dem weit verbreiteten Ohnmachtsgefühl zu ergeben. „Wir müssen Wohlstand neu definieren und uns Gedanken über unseren Konsum und die Art und Weise machen, wie wir produzieren“, forderte sie. Das sei zwar nicht so einfach, räumte sie ein, „aber uns bleibt keine andere Möglichkeit, wenn wir tatsächlich die Welt retten wollen.“



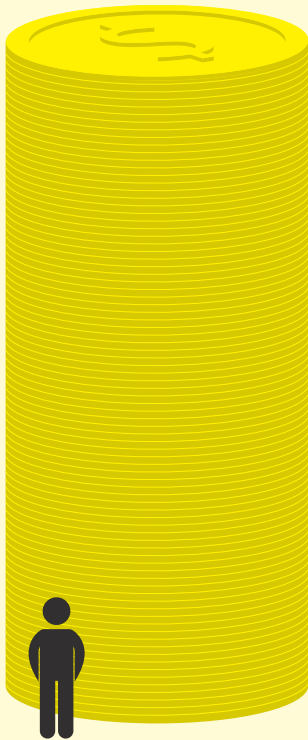
„Wir brauchen mehr Empathie.“

Dr. Mar Cabezas
Zentrum für Ethik und
Armutsforschung an
der Universität Salzburg

Globales Gesamtvermögen ungleich verteilt

Die Armutsschere geht immer weiter auseinander und die Konzentration der globalen Vermögenswerte hat extreme Ausmaße angenommen. Das gibt Anlass zur Besorgnis. Zehn Prozent der Reichsten besitzen 85 Prozent des globalen Gesamtvermögens. 40 Prozent müssen sich mit 14 Prozent der Vermögenswerte begnügen. Die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – mehr als 3,5 Milliarden Menschen – nennt lediglich ein Prozent ihr Eigen.

85 %

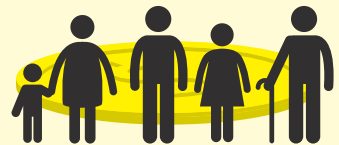


Reichstes Zehntel
der Weltbevölkerung

14 %



1 %



Ärmere Hälfte der
Weltbevölkerung

reich

arm

Die Masse macht den Unterschied

Angesichts der aktuellen Konflikte und Krisen in Europa und anderswo sind die großen Herausforderungen des Klimawandels für viele von uns in weite Ferne gerückt. Wir kennen das Problem, handeln aber nicht. Dieses Dilemma sieht auch Claudia Roth. „Ich glaube, dass wir breitere Bündnisse brauchen, die beispielsweise Themen wie Klima und Flüchtlingskatastrophe miteinander verbinden“, sagte die Grünen-Politikerin. Dann bestehen bessere Möglichkeiten, Druck auf die Politiker auszuüben und sie davon abzubringen, nur in Legislaturperioden zu denken. Sie beklagte, dass sich viele gebildete Menschen aufgrund immer neuer Krisen in eine Art „Bionade-Biedermeier“ zurückziehen und ein ökologisch korrektes Leben ohne großes bürgerschaftliches Engagement führen. „Das ist etwas, was wir uns angesichts der Situation nicht leisten können“, warnte sie.

Eine Möglichkeit, mehr Aufmerksamkeit zu erzielen, sieht Roth in Bürgerinitiativen, die ihre Forderungen auf die Straße tragen. „Ein zivilgesellschaftliches Engagement wie in den 1970er- und 1980er-Jahren in neuem Gewand wäre heute nötig“, regte die Bundestagsvizepräsidentin an. Allerdings war es damals einfacher, die Anti-Atomkraft-Bewegung auf die Beine zu stellen, weil jeder die Gefahr unmittelbar für sich selbst erkannt hat. „Dagegen ist es wahnsinnig schwierig, die Klimakrise zu emotionalisieren, weil sie für viele Menschen so weit weg und schwer greifbar ist.“

„Wenn wir uns zusammentun, können wir etwas bewegen“, glaubt auch Frithjof Finkbeiner. Um eine kritische Masse für Veränderungen zu erreichen, muss man verstärkt die Öffentlichkeit suchen. Allerdings darf man die Gegner von Veränderungen nicht unterschätzen.

Sie handeln oft subtil: Beispielsweise verwenden sie in Umfragen bewusst den Begriff Klimawandel anstelle von Klimaerwärmung. „In den USA erachten 13 Prozent der Befragten dies für weniger gefährlich, obwohl es auf das Gleiche hinausläuft,“ erklärte der Koordinator der Global Marshall Plan Initiative, die sich für eine gerechte Weltordnung einsetzt.

Wie stark der Widerstand gegen Veränderungen sein kann, hat Sabine Nallinger am eigenen Leib erfahren. Die Vorsitzende der Stiftung 2° hat in ihrer Zeit als Stadträtin der Grünen in München eine Solarinitiative auf den Weg gebracht. „Trotz Unterstützung von Oberbürgermeister Christian Ude haben uns damals viele Menschen und sogar die Verwaltung große Steine in den Weg gelegt“, erinnert sie sich. Ihr Rat an alle, die mit Widerständen umgehen müssen: Immer sämtliche Interessensgruppen mitnehmen und deren Ängste und Einwände ernst nehmen. So lassen sich Schwierigkeiten am ehesten meistern.



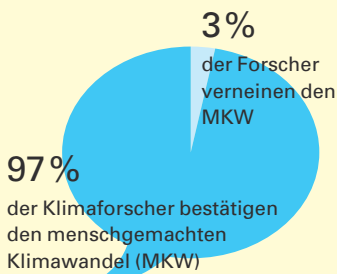
„Die Klimakrise ist längst Realität, auch wenn sie vermeintlich weit weg und schwer greifbar ist. Sie geht uns alle an!“

Claudia Roth
Vizepräsidentin des
Deutschen Bundestags

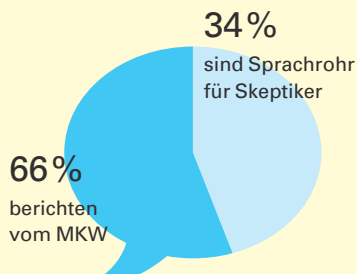
Klimawandel: Die Botschaft kommt nicht an

Dass US-Wissenschaftler kaum Zweifel am menschengemachten Klimawandel hegen, stellen schon die Medien oft nicht richtig dar. Noch schlimmer sieht es bei der Wahrnehmung in der Öffentlichkeit aus. Aufklärung tut Not. Solange eine starke Diskrepanz zwischen wissenschaftlicher Erkenntnis und öffentlicher Wahrnehmung herrscht, sind nur wenige Menschen bereit, Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels zu unterstützen.

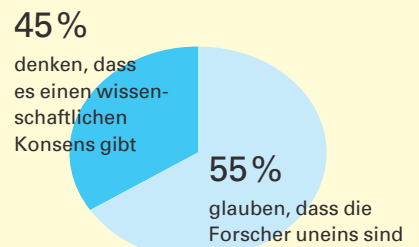
Wissenschaft



Medien



Öffentlichkeit



Auch kleine Schritte zählen

Die kenianische Friedensnobelpreisträgerin Wangari Maathai hat es vorgemacht. Sie rief 1977 mit ihrem „Green Belt Movement“ das größte Aufforstungsprojekt in Afrika ins Leben. Seither wurden mehr als 50 Millionen Bäume gepflanzt. Frithjof Finkbeiner ist von dieser Idee angetan: „Bäume zu pflanzen ist das Intelligenteste, was man machen kann, um den Klimawandel zu bremsen“, sagt er. Finkbeiner ist Mitglied des Club of Rome und Koordinator der Global Marshall Plan Initiative. Bäume seien die einzigen Kohlenstoffspeicher, die multiplizierbar sind. „Da hat keiner eine Ausrede, nicht mitzumachen.“ Zum Beispiel über eine Organisation wie „Plant for the Planet“, die mit gesammelten Spendengeldern Bäume in subtropischen Gebieten pflanzt, wo sie besonders viel Kohlenstoff speichern können. Einer Studie der Universität Yale zufolge wäre weltweit Platz für eine Billion zusätzliche Bäume, womit man ein Viertel des menschgemachten CO₂-Ausstoßes binden könne.

Der Klimakollaps lässt sich dadurch zwar nicht verhindern. „Aufforstung ist schön, rettet aber das Klima nicht, weil der Effekt zu gering ist“, urteilt Klimaexperte Latif. Denn der Abbau von CO₂ findet vor allem im Meer statt. Aber immerhin gewinnt man wichtige Zeit, um sich verstärkt dem Problem zu widmen.

Möglichkeiten, sich aktiv zu beteiligen, gibt es genug, so Sabine Nallinger von der Stiftung 2°. „Jeder kann wählen gehen, sich politisch engagieren und beim Konsum oder der Geldanlage seine Macht als Verbraucher einsetzen.“ Selbst kleine Schritte oder Initiativen wie „Call a Bike“ könnten Impulse

zu größeren Veränderungen liefern. Bei Angeboten wie dem Carsharing oder beim Einkauf in Bioläden könne der Verbraucher seine Macht entfalten und beweisen. „Ich bin der festen Überzeugung, dass wir an Lebensqualität gewinnen, wenn wir uns umsichtig verhalten und für eine nachhaltige Welt eintreten“, glaubt Nallinger.

Daneben ist mehr direkte Demokratie ein Weg, das Bewusstsein für die Folgen des Klimawandels zu schärfen. „Wenn ich weiß, dass die Bürger darüber abstimmen, muss die Politik den Bürgern viel genauer erklären, worum es geht“, erläuterte Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth. Bleibt zu hoffen, dass wir es schaffen, rechtzeitig umzusteuern. Finkbeiner resümierte: „Ich glaube, wir haben eine 25-prozentige Chance, die Welt zu retten. Das ist nicht schlecht, wenn man keine Alternative hat.“

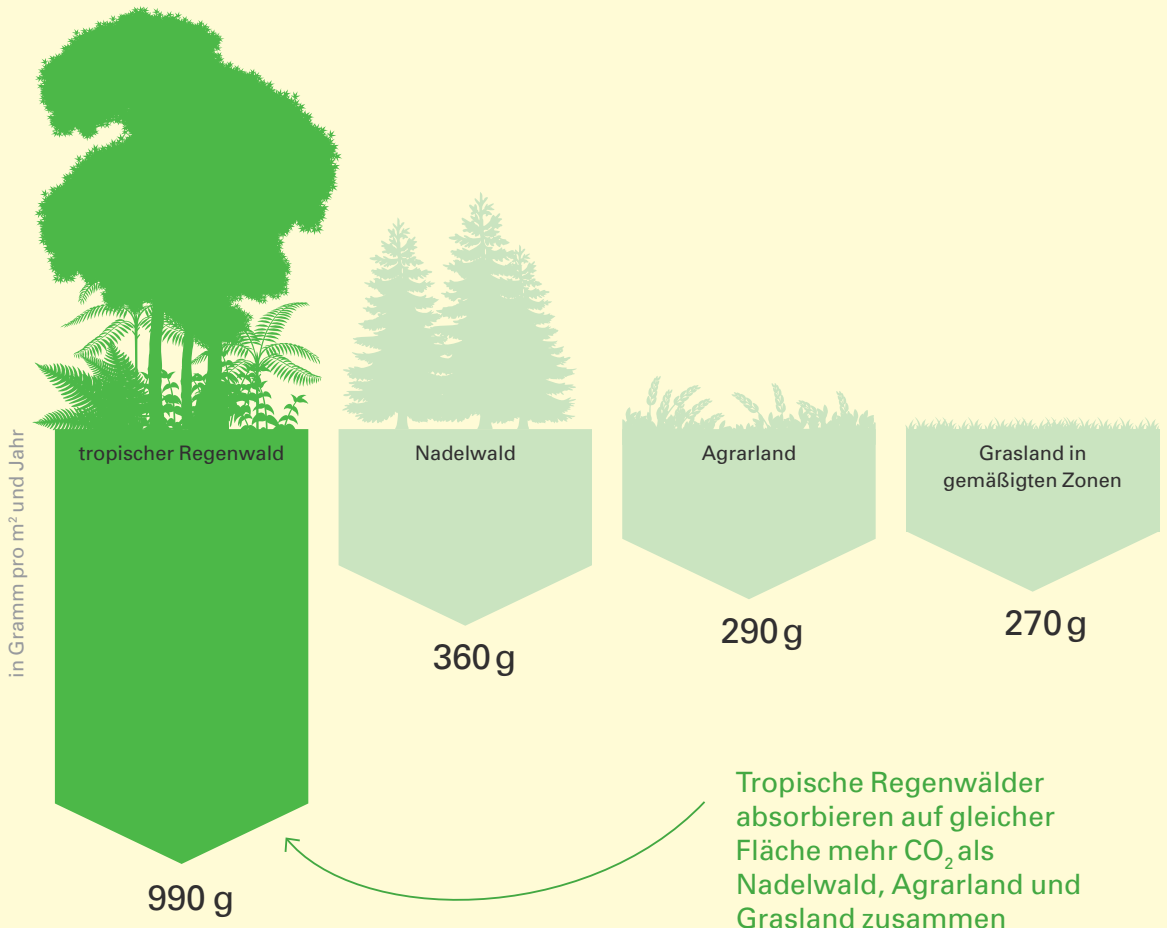


„Pflanz Bäume!“

Frithjof Finkbeiner
Unternehmer und Koordinator der
Global Marshall Plan Initiative

Klimaschützer tropischer Regenwald

Wenn es um die Absorption von CO_2 via Photosynthese geht, ist Pflanze nicht gleich Pflanze. Der tropische Regenwald ist Spitzenreiter und kann dank idealer Vegetationsbedingungen pro Jahr und Quadratmeter fast ein Kilogramm des klimaschädlichen Gases aus der Atmosphäre aufnehmen. Nadelwälder bringen es lediglich auf etwa ein Drittel dieser Menge. Agrar- und Grasland schneiden noch schlechter ab.



Programm

Dienstag,
20. Januar 2015
19:00 Uhr

Globale Abkommen — ist das Scheitern vorprogrammiert?

Dr. Heike Kuhn
Ministerialrätin,
Referat Millenniums-
Entwicklungsziele und
Armutsminderung,
BMZ, Berlin und Bonn

Prof. Ellen Matthies
Professorin für Umwelt-
psychologie an der
Universität Magdeburg

Christine von Weizsäcker
Präsidentin von Women
in Europe for a Common
Future (WECF), Biologin und
Umweltaktivistin, München

Dienstag,
24. Februar 2015
19:00 Uhr

Klimawandel — rettet Paris das Zwei-Grad-Ziel?

Annalena Baerbock
MdB, Sprecherin für
Klimapolitik der Partei
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Berlin

Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
von Germanwatch,
Berlin und Bonn

Prof. Mojib Latif
Klimaforscher am
Helmholtz-Zentrum für
Ozeanforschung und an
der Christian-Albrechts-
Universität zu Kiel

Dienstag,
3. März 2015
19:00 Uhr

Fluten, Dürre, Stürme — sind wir vorbereitet?

Prof. Peter Höppe
Leiter des Bereichs
Geo Risks Research/
Corporate Climate Centre
von Munich Re, München

Dr. Volkmar Schön
Vizepräsident des
Deutschen Roten Kreuzes,
Berlin

Christoph Unger
Präsident des Bundesamtes
für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe
(BBK), Bonn

Dienstag,
14. April 2015
19:00 Uhr

Arme reiche Welt — faire Chancen für alle?

Dr. Mar Cabezas
Zentrum für Ethik und
Armutsforschung,
Universität Salzburg

Marion Lieser
Geschäftsführerin von
Oxfam Deutschland, Berlin

Dr. Gerd Müller
Bundesminister,
Ministerium für Entwicklung
und Zusammenarbeit,
Berlin und Bonn

Mittwoch,
6. Mai 2015
19:00 Uhr

Tu was! Über Macht und Ohnmacht des Einzelnen

Frithjof Finkbeiner
Unternehmer,
Koordinator der Global
Marshall Plan Initiative,
Hamburg

Sabine Nallinger
Vorstand der
Stiftung 2°, Berlin

Claudia Roth
Vizepräsidentin des
Deutschen Bundestages,
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Berlin

Moderator:
Dr. Patrick Illinger
Ressortleiter Wissen,
Süddeutsche Zeitung,
München

Moderator im April:
Sebastian Herrmann
Ressort Wissen,
Süddeutsche Zeitung,
München

© 2015

Münchener Rück Stiftung
Königinstraße 107
80802 München

Telefon +49 (0) 89/38 91-88 88
Telefax +49 (0) 89/38 91-7 88 88
info@munichre-foundation.org
www.munichre-foundation.org

Briefe: 80791 München

Redaktion

Martina Mayerhofer,
Christian Barthelt,
Thomas Loster,
Nathalie Schönmetz
Münchener Rück Stiftung
Andreas Schuck, München

Gestaltung

Keller Maurer Design, München

Bildnachweis

Oliver Jung, München
Seiten 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14,
16, 18, 20

Quellen

Umweltbundesamt (2013):
Umweltschädliche
Subventionen in Deutschland,
Daten von 2010
Seite 5

World Resource Institute (2015):
CAIT Climate Data Explorer:
Pre-2020 Pledges Map
TinyURL:
<http://tinyurl.com/o2py9e6>
Seite 7

NatCatService Munich Re
(2015): Loss events worldwide
1980–2014: Number of
events with relative trend
Seite 9

Kellett und Caravani (2013):
Financing Disaster Risk
Reduction. A 20 year story
of international aid
Seite 11

Clean Clothes Campaign (2014):
Tailored Wages. Are the big
brands paying the people who
make our clothes enough to live?
Seite 13

OECD (2014): Compare your
country: Official Development
Assistance 2014
Seite 15

Oxford University Press
(2009): Personal Wealth from
a Global Perspective
Seite 17

The consensus project (2013):
Our mission
Seite 19

chemie.de (2015):
Photosynthese
Seite 21

Abrufdatum der verwendeten
Webseiten: August 2015

Münchener Rück Stiftung
Königinstraße 107
80802 München

Telefon +49 (0)89/38 91-88 88
Telefax +49 (0)89/38 91-7 88 88
info@munichre-foundation.org
www.munichre-foundation.org

Briefe: 80791 München